

reden@partei-des-fortschritts.de 30.5.2024 18:34

Re: Wahlprüfsteine Europawahl 2024

An Frauenheldinnen <keilbach@frauenheldinnen.de>

Sehr geehrte Frau Engelken, sehr geehrte Frau Schubert,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an unserer Partei. Gerne beantworten wir Ihre Fragen:

I. Geschlecht und Geschlechtsidentität

1. Auf welcher Grundlage definieren Sie das Geschlecht eines Menschen und wer kommt in den Genuss von Menschenrechten, die geschlechtsspezifisch nur Frauen betreffen?

Wir sehen es, als Partei, nicht als unsere Aufgabe, das Geschlecht eines Menschen zu definieren. In den Genuss von Menschenrechten, die geschlechtsspezifisch nur Frauen betreffen, sollten auch nur Frauen kommen.

Eine Frau ist eine erwachsene weibliche Person, die sich aufgrund ihrer physiologischen, psychischen, sozialen oder kulturellen Wesenszüge definiert.

2. Wie steht Ihre Partei zu der Idee, dass alle europäischen Länder im Pass neben „weiblich“ und „männlich“ auch noch die Eintragung einer oder mehrere „Geschlechtsidentitäten“ ermöglichen sollen? Wie definieren Sie „Geschlechtsidentität“ und warum soll die Identität eines Menschen im Pass oder im Personalausweis stehen?

Das Vorhandensein von mehr als zwei möglichen Geschlechteridentitäten ist wissenschaftlicher Konsens. Die Eintragung auf dem Pass geht nur das Individuum und den Staat was an. Daher sollten Staaten jenen unter uns, deren Geschlechtsidentität nicht in das binäre Modell passt, jedenfalls die Möglichkeit der Auswahl einer offeneren Kategorie geben. Eine dahingehende Empfehlung der EU kann auf gesamteuropäischer Ebene einen Anreiz zur Schaffung einer toleranteren Gesellschaft schaffen.

Geschlechtsidentität ist für uns die Zuschreibung einer Person zu einem bestimmten Geschlecht aufgrund ihrer physiologischen, psychischen, sozialen oder kulturellen Wesenszüge.

Sie sollte im Personalausweis stehen, sofern das für die Identifizierung der Person im Rechtsverkehr notwendig ist. Sobald diese Notwendigkeit entfällt, braucht es die Eintragung nicht mehr.

3. Wie will Ihre Partei die Rechtsverfolgung in allen Ländern der europäischen Union gewährleisten und die Arbeit der nationalen Polizeibehörden und von Interpol ermöglichen, wenn immer mehr nationale Self-ID-Gesetze es Männern erlauben, sich als „weiblich“ einzutragen, darunter auch Kriminelle aller Art, sowie verurteilte Sexualstraftäter, Mörder und Pädophile?

Die Strafverfolgung ist und sollte unserer Meinung nach nicht davon abhängig sein, welches Geschlecht in einem Pass steht. Wer sich straffällig macht, wird dafür sanktioniert.

II. Reproduktive Rechte und Schwangerschaftsabbruch

Auf dem Wahlprogramm der SPD für die Europawahlen 2024 steht, dass Schwangerschaftsabbrüche allen „Menschen“ kostenlos zur Verfügung stehen sollen.

4. Wie steht Ihre Partei zu dieser sprachlichen ‚Unsichtbarmachung‘ von Frauen bei einem ausschließlich Frauen betreffenden Thema?

Wir hätten es anders formuliert, etwa "Schwangerschaftsabbrüche sollen allgemein kostenlos zur Verfügung stehen".

5. Wie steht Ihre Partei zu dem Vorhaben, europäischen Frauen das Recht auf kostenlose Schwangerschaftsabbrüche zu geben?

Wir unterstützen dieses Vorhaben. Das Recht auf kostenlose Schwangerschaftsabbrüche ist unteilbarer Bestandteil des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung.

III. Sexuelle Gewalt gegen Frauen

Die Europäische Union hat im Mai 2024 eine Richtlinie

(<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/07/council-adopts-first-ever-eu-law-combating-violence-against-women>)

verabschiedet, mit der sexuelle und häusliche Gewalt in der EU künftig einheitlich schärfer geahndet werden soll. Allerdings wurde die Vergewaltigung von der Strafschärfung ausgeklammert, u.a. wegen der Ablehnung des deutschen Bundesjustizministers Marco Buschmann.

6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Richtlinie diese Straftat in allen Ländern der europäischen Union einheitlich streng handhabt?

Für eine strengere Handhabung muss die Richtlinie unter Einbezug einer Strafschärfung bei Vergewaltigungen neu gefasst werden.

Die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW von 1979 (von Deutschland ratifiziert 1985) sowie das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sogenannte Istanbul-Konvention) von 2011 (in Deutschland ratifiziert 2017, die EU seit 2023, <https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2023/1075/oj>) verpflichten den Staat, Gender (= die Rollen, Verhaltensweisen, Tätigkeiten und zugeschriebene Eigenschaften, die eine bestimmte Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit für Männer und Frauen als angemessen erachtet) als Nährboden der Gewalt gegen Frauen abzuschaffen und Frauen vor Gewalt zu schützen.

7. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die europäische Union dieses völkerrechtlich ratifizierte Gesetz zum Schutz der weiblichen Bevölkerung durchsetzt?

Wir setzen uns grundsätzlich für eine Stärkung der europäischen Gerichtsbarkeit ein. Zudem sollen die Mitgliedsstaaten der EU schwerer sanktioniert werden, wenn sie EU-Recht verletzen.

8. Auf welcher Grundlage definiert Ihre Partei Gewalt gegen Frauen? Fallen hier auch darunter Männer, die sich als Frauen im Personenstandsregister haben eintragen lassen (wie in Spanien bereits möglich und in Deutschland mit dem Selbstbestimmungsgesetz ab 1. November möglich)? Wenn ja, wie rechtfertigt Ihre Partei diese Vereinnahmung von Ressourcen, die Frauen zustehen?

Gewalt ist für uns die physische oder psychische Einwirkung auf eine Person in feindlicher Willensrichtung. Gewalt gegen Frauen ist solche, die aufgrund der Weiblichkeit des Opfers ausgeübt wird. Die einem in Kraft getretenen Gesetz entsprechende Eintragung in ein öffentliches Register ist für uns keine Gewalt.

IV. Prostitution

Auf die Initiative der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl hin hat das EU-Parlament 2023 der Verabschiedung einer europaweiten Leitlinie gegen Prostitution zugestimmt. Unter anderem wird gefordert, ein Sexkauf-Verbot nach dem sogenannten nordischen Modell durchzusetzen, wonach Männer (Freier), die Frauen für Sex kaufen, bestraft werden können und Frauen, die prostituiert wurden, Ausstiegsmöglichkeiten angeboten werden.

9. Wie steht Ihre Partei zu dieser Forderung zum Schutz von Frauen und Mädchen, die von Zuhältern und Freiern prostituiert werden? Wie steht Ihre Partei zum System Prostitution, das nachweislich und strukturell die Würde der Frau verletzt?

Die Prostitution ist unserer Ansicht nach ein ebenso schwerwiegendes, wie unvermeidliches Problem menschlicher Gesellschaften. Das nordische Modell befürworten wir insbesondere im Hinblick auf das Angebot von Ausstiegsmöglichkeiten. Kritisch sehen wir das komplette Sexkauf-Verbot, da dieses Nährboden für Schwarzmärkte bietet. Auch wenn die Sexarbeiterinnen sich nicht strafbar machen, werden sich Freier und Zuhälter in illegale Räume zurückziehen, in denen die Sexarbeiterinnen dann wieder größerer Ausbeutung und Würdeverletzungen ausgesetzt sind.

V. Pornographie

Wegen des EU-Gesetzes über digitale Dienste (DSA) müssen derzeit drei große Porno-Plattformen illegale Inhalte zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen, Kinderpornographie und Minderjähriger strenger kontrollieren und löschen. Dieses Gesetz verpflichtet die Plattformen außerdem, gegen KI-generierte sogenannte Deep Fakes vorzugehen, die beispielsweise sexualisierte Darstellungen von Frauen enthalten.

10. Wie steht Ihre Partei zum weitverbreiteten Zugang zur Pornographie? Hat Ihre Partei vor, die in der Pornographie dargestellte Sexualisierung von Frauen, sowie die sexualisierte Gewalt bis hin zu gefilmten Vergewaltigungen stärker zu regulieren?

Wir setzen uns grundsätzlich für eine stärkere Durchsetzung des Rechtsstaats im Internet ein. Dazu gehört zunächst die Einschränkung des freien Zugangs zu jugendgefährdenden Inhalten. Dementsprechend sollte Pornographie, wenn überhaupt, nur mit Alterskontrolle zugänglich sein. Hinsichtlich der Inhalte treten wir für eine stärkere Verpflichtung der Plattformbetreiber ein; diese müssen unter hohen Strafandrohungen dazu angehalten werden, illegale Inhalte von ihren Plattformen zu verbannen.

VI. Leihmutterschaft

Die EU hat sich im Januar 2024 darauf geeinigt, dass Zwangsheirat, illegale Adoption sowie die sogenannte Leihmutterschaft Arten von Ausbeutung darstellen, und sie will diese Arten in die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels aufnehmen. Allerdings wurde die sogenannte „altruistische“ Leihmutterschaft davon ausgenommen.

11. Wie unterscheidet Ihre Partei zwischen einer gewerbsmäßigen Ausbeutung der Frau mit dem anschließenden Verkauf des Neugeborenen (sog. kommerzielle Leihmutterschaft) und einer Schwangerschaft, die als „altruistisch“ gelten soll, die aber auch die Weitergabe eines Neugeborenen zum Ziel hat?

Die Unterscheidung zwischen kommerzieller und sogenannter altruistischer Leihmutterschaft liegt eben darin, dass Letztere nicht von einer Vergütung abhängig ist und in der Regel eine vorhandene persönliche Beziehung der Beteiligten beinhaltet.

12. Wie will Ihre Partei die Menschenrechte des Neugeborenen, sowie in beiden Formen den Schutz vor der reproduktiven Ausbeutung einer Frau gewährleisten?

Durch eine strenge gesetzliche Regelung beider Verfahren. Insbesondere möchten wir sicherstellen, dass die einschlägigen Menschenrechts- und Grundrechtsnormen kinder- und frauenspezifische Rechtssätze enthalten.

13. Hat Ihre Partei vor, gegen jede Form der reproduktiven Ausbeutung einer Frau und gegen jede Form des Handels mit Neugeborenen vorzugehen?

Ja, das haben wir. Die Ausbeutung von Frauen und der Handel mit Kindern ist eine Schande für unsere moderne Gesellschaft.

VII. Islam in Europa

Die Europäische Kommission hat 2023 die französische EU-Funktionärin Marion Lalisie zur „Kordinatorin für die Bekämpfung von Hass gegen Muslime“ ernannt.

14. Was versteht Ihre Partei unter „Hass gegen Muslime“ bzw. „Muslimfeindlichkeit“ genau? Wie steht Ihre Partei zur Debatte zum Kopftuchverbot hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit?

Unter Islamhass verstehen wir die anlasslose und feindliche Ablehnung von Menschen aufgrund ihres islamischen Glaubens. Das Kopftuch ist ein durchaus kritisch zu betrachtendes Element der muslimischen Theologie. Es sollte nur freiwillig getragen werden. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates, seiner Bevölkerung die konkrete Ausübung des Glaubens vorzuschreiben.

15. Was hält Ihre Partei von der Zunahme des Mädchenkopftuchs (Minderjährige) in den Schulen? Was hält Ihre Partei von den zunehmenden Forderungen, den Ramadan auch in den Schulen einzuhalten?

Das Kopftuch ist ein durchaus kritisch zu betrachtendes Element der muslimischen Theologie. Es sollte nur freiwillig getragen werden. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates seiner Bevölkerung die konkrete Ausübung des Glaubens vorzuschreiben. Inwieweit es schon von minderjährigen Mädchen getragen werden kann/soll/muss ist eine Frage für muslimische Theologinnen und Theologen, die wir nicht beantworten können. Die Einführung von anderen als christlichen Praktiken an Schulen sehen wir so lange als unproblematisch an, wie es dafür eine ausreichende Grundlage an Schülerinnen und Schülern gibt und die Freiwilligkeit gewahrt ist.

VIII. Wirtschaft

2022 trat eine EU-Richtlinie in Kraft, die von den Mitgliedstaaten so umzusetzen ist, dass in Leitungsorganen von börsennotierten Gesellschaften eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern gewährleistet wird (<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/gender-balance-corporate-boards/>).

16. Was leistet Ihre Partei, um die Umsetzung der Richtlinie und die Geschlechtergerechtigkeit in der Wirtschaft voranzutreiben?

Wir haben uns im Rahmen des Wahl-O-Mats klar für den Erhalt der Frauenquote ausgesprochen: "Die Frauenquote ist ein Instrument, um gleichberechtigte Chancen von Frauen und Männern zu stärken, Benachteiligungen abzubauen, die Unterrepräsentation von qualifizierten Frauen in Führungspositionen zu bekämpfen und die Geschlechtervielfalt in Unternehmen zu fördern. Da sich freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen als wirkungslos erwiesen haben, soll die Quote die Gesellschaft sensibilisieren und Ausgangspunkt für eine neue Selbstverständlichkeit von Frauen in Führungspositionen sein."

17. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die vorwiegend von Frauen geleistete, nicht vergütete Mehrarbeit in Haushalt und familiärem Umfeld sich nicht für sie im Alter negativ auswirkt?

Wir setzen uns dafür ein, dass die im deutschen Erbrecht schon lange vorhandene Anerkennung des monetären Werts von Haushalts- und Familienarbeit auch in der Rentenpolitik ihren Niederschlag findet.

18. Wie gedenkt Ihre Partei die Altersarmut unter Frauen zu bekämpfen?

Wir möchten Altersarmut durch die stärkere Anbindung altersarmer Menschen an die Gesellschaft bekämpfen. Für diese soll es kommunale Angebote zur Verknüpfung mit anderen Menschen in ähnlichen Situationen geben. Außerdem möchten wir, dass insbesondere ältere Menschen Erleichterungen bei Behördengängen erfahren, damit sie schnell und effizient auf

staatliche Hilfen zugreifen können.

IX. Migration und geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtgrund

Im Januar 2024 hat der EuGH geurteilt, dass geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen nach der EU-Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95) einen Verfolgungsgrund darstellen könne, was er mit der Istanbul-Konvention begründet.¹

19. Hat Ihre Partei vor, sich dafür einzusetzen, dass Frauen aus Drittstaaten, wie beispielsweise aus Afghanistan, dem Iran oder aus Ländern, in denen die weibliche Genitalverstümmelung noch verbreitet ist, leichter Asyl erhalten?

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist als Menschenrechtsverletzung anerkannt und verletzt die körperliche und seelische Unversehrtheit. Frauen haben ein Recht auf Unterstützung und Schutz. Die europaweite Anerkennung von Gewalt gegen Frauen als Asylgrund würde Frauen vor Verfolgung, Misshandlung und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts schützen, ihnen ein gewaltfreies Leben ermöglichen und die Frauenrechte stärken.

Ich hoffe, dass wir Ihre Fragen ausreichend beantworten konnten. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen
Lukas Sieper

Parteisprecher
Partei des Fortschritts